



OTS 15.3.2013

Unabhängige GewerkschafterInnen fordern Gehaltsverhandlungen JETZT

6,5% und 150€ Mindestbetrag ab 1.1.2014 und Einberufung der GÖD-Bundeskonferenz

Wir fordern die öffentliche Hand als Dienst- und Fördergeber auf, sich vom Nulllohnrundendiktat zu verabschieden! – Die Nulllohnrunde 2013 war wirtschafts- und gesellschaftspolitisch kontraproduktiv!

„Mehr Beamtenlohn noch vor der Wahl fixieren“, das will GÖD-Vorsitzender Neugebauer in der Presse vom 11.3.2013. Die UGöd unterstützt dieses Anliegen. Wenn die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten nach massiven Protesten der KollegInnen von der Nulllohnrunde 2013 abrückt und in Wien ab Juli 2013 eine Gehaltserhöhung von 35€ und einen Abschluss für 2014 über der Inflationsrate erreicht, dann hat auch die GÖD Handlungsbedarf.

Die Einberufung einer GÖD-Bundeskonferenz ist dringend notwendig, um Forderungen und gewerkschaftliche Maßnahmen zur Durchsetzung von Gehaltsforderungen zu beraten – der Antrag der UGöd-Minderheit auf Einberufung der Bundeskonferenz noch vor Ostern wurde vom Vorstand bis dato nicht beantwortet.

Forderungen der Unabhängigen GewerkschafterInnen/UGöd:

- 6,5 % zur Inflationsabgeltung 2012 und 2013 und zur Abgeltung der ständig steigenden Arbeitsbelastung (immer weniger Dienstposten für immer mehr Aufgaben)
- 150€ Mindestbetrag zur Anhebung der Kaufkraft junger KollegInnen und der KollegInnen der niedrigen Lohngruppen im großen Dienstleistungsbereich des öffentlichen Dienstes
- Aufhebung des Anstellungsstopps zur nachhaltigen Sicherung der Qualität der öffentlichen Dienste.

Weitere von der UGöd eingebrachte Themen für die Bundeskonferenz:

- LehrerInnendienstrecht – Keine Zustimmung ohne demokratische Urabstimmung über Verhandlungsergebnisse
- Gehaltsreform – Anhebung aller Anfangsbezüge im öffentlichen Dienst durch Kippen und Abflachen der Gehaltskurve bei gleichbleibender Lebensverdienstsumme, daher gibt es auch keinen Vorwand für weitere Arbeitszeiterhöhungen

Offensive Ansagen in der Presse sind ein Anfang, aber nicht genug!
Starke Sprüche sind kein Ersatz fürs Informieren und Mobilisieren der betroffenen ArbeitnehmerInnen des öffentlichen Dienstes!

Glück auf!

Beate Neunteufel-Zechner, Reinhart Sellner – UGöd-Vorsitzende

Rückfragen: Reinhart Sellner, reinhart.sellner@gmx.at, 06763437521
www.ugod.at/

Anhang:

**Unabhängigen GewerkschafterInnen/UGöd zu den laufenden Dienstrechtsverhandlungen
Dienstrechtsforderungen der Österreichischen LehrerInnenInitiative/UGöd:**

- Keine weitere Erhöhung der Arbeitsbelastung – keine Lehrpflichterhöhung, sondern Verbesserung der Arbeitsbedingungen – ausreichend Zeit für Unterricht und für Individualisierung, für Beratung, Schulentwicklung und Weiterbildung
- Master-Ausbildung und Einführungsjahr (Induktion) für alle LehrerInnen, halbe Unterrichtsverpflichtung während der Induktion und bei einem berufs begleitenden MA-Abschluss und MA-Gehalt für alle LehrerInnen
- Einstiegsbezüge anheben, flache Gehaltskurve mit unverminderter MA-Lebensverdienstsumme für alle LehrerInnen
- öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis, Schutz vor parteipolitischem Druck
- Stärkung der Eigenständigkeit der Schulen (bei Kleinschulen: Schulverbunde)
- Ausbau der demokratischen Mitbestimmungsrechte und der Personalvertretungsrechte am Standort